

Antrag

**der Abgeordneten Markus Kranig, Sandro Kappe, Birgit Stöver, Ralf Niedmers,
Dr. Anke Frieling, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

Betr.: Erdwärme als Bestandteil der Hamburger Wärmeversorgung stärken

Der Schutz des Klimas und der verantwortungsvolle Umgang mit den endlichen Rohstoffvorräten bleibt langfristig eine der wichtigsten Aufgaben für Wirtschaft und Politik – auch in Hamburg. Nachhaltige Lösungen brauchen die Innovationskraft der Wirtschaft, Technologieoffenheit und neue Wege der Politik.

Von allen Sektoren in Deutschland hat die Wärme-/Kälteversorgung den größten Energiebedarf. Hier gab und gibt es den kleinsten Anteil erneuerbarer Energiequellen. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn technologieoffen alle alternativen Energiequellen genutzt werden.

In Norddeutschland und auch in Hamburg gibt es ein großes, wirtschaftlich nutzbares Energiepotenzial an klima- und umweltfreundlicher Tiefen-Geothermie (Erdwärme). Diese Energieform vermeidet den Ausstoß von CO₂ und anderen Schadstoffen, verbraucht kaum Fläche, ist langfristig zuverlässig, grundlastfähig und in Norddeutschland risikoarm. Zwar entstehen am Anfang beträchtliche Kosten für die Bohrungen, doch die Betriebskosten sind gering und die Anlagen können über viele Jahrzehnte hinweg genutzt werden. Damit ist Erdwärme eine nachhaltige und kostengünstige Wärmequelle.

Hamburg konnte mit ersten Projekten bereits wertvolle Erfahrungen sammeln. In Wilhelmsburg wurden die Bohrungen erfolgreich abgeschlossen und liefern nun wichtige Erkenntnisse für die Nutzung von Thermalwasser in etwa 1.300 m Tiefe. Mit dem Reallabor IW3 – Integrierte WärmeWende Wilhelmsburg wird derzeit ein wichtiges Projekt für die Hamburger Wärmewende umgesetzt. Die Geothermie-Anlage wird an den Energiebunker angeschlossen, das Wärmenetz erweitert und mit Wärmepumpen ergänzt. Nach aktuellem Stand soll die Anlage 2026 in Betrieb gehen und dann CO₂-neutrale Wärme in das Fernwärmenetz Wilhelmsburg einspeisen. Der Bau des Heizhauses für die Wärmepumpen hat bereits begonnen, die Anbindungsleitung wird noch in diesem Jahr fertiggestellt.

Allerdings zeigen die Verzögerungen und die alleinige Abhängigkeit von Bundesförderungen, dass Hamburg bisher zu zögerlich vorangegangen ist. Die CDU kritisiert seit Jahren, dass der Senat das große Potenzial der Tiefengeothermie verschläft und bislang keine stringente Ausbauplanung vorgelegt hat.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion setzt sich weiterhin dafür ein, die Erdwärme zügig zu einem wichtigen Pfeiler der Hamburger Wärmeversorgung zu entwickeln. Die damalige Ablehnung des CDU-Antrags mit der Drs. 22/2667 durch SPD und GRÜNE zeigt, dass die Potenziale der Geothermie bislang nicht erkannt und konsequent genutzt wurden. Heute gilt es, die gewonnenen Erfahrungen und veränderten Rahmenbedingungen zum Anlass zu nehmen, Geothermie als strategische Chance für Hamburgs Wärmeversorgung weiterzuentwickeln.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. Tiefengeothermie als einen wichtigen Teil einer klima- und umweltfreundlichen Wärmematrix und der Fern-/Nahwärmeversorgung der Stadt zu verstehen;
2. aufbauend auf den abgeschlossenen Bohrungen in Wilhelmsburg sowie den Erfahrungen aus dem Projekt IW3 weitere Standorte für Geothermie in Hamburg zu entwickeln: dies gilt zum Beispiel für den Bezirk Bergedorf, wo es bereits Daten aus ehemaligen Öl- und Gaserkundungen gibt und möglicherweise bestehende Bohrlöcher nachgenutzt werden können;
3. eine Untersuchung zu beauftragen, welche gewerblichen Anwendungen als Prozesswärme, angesichts der zu erwartenden Vor- und Rücklauftemperaturen, planerisch, rechtlich und wirtschaftlich möglich sind (dazu gehört auch der Einsatz zur Kühlung (über Wärmetauscher) für Rechenzentren);
4. einen konkreten Weg für die finanzielle Absicherung von Bohrrisiken künftiger Projekte vorzulegen;
5. bei der zunehmenden Nutzung des Erdwärme-Potenzials mit der Handelskammer Hamburg, der Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur/Forum Wärme sowie Unternehmen, Verbänden und Einrichtungen in Hamburg und der Metropolregion eng zusammenzuarbeiten, zusätzlich zur Förderung von Maßnahmen zur Information und Beteiligung der Öffentlichkeit;
6. die im Rahmen des Projekts IW3 gewonnenen Erkenntnisse systematisch in die kommunale Wärmeplanung einzubeziehen und weitere geothermische Potenziale stadtweit zu erschließen;
7. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2025 entsprechend zu berichten.